



Vater Staat plagen große Nachwuchssorgen

11.02.2011

Interview des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen mit der "Westfälische Nachrichten" vom 11.02.2011



VW hat mit einem Tarifplus von insgesamt 4,2 Prozent vorgelegt. Ist das auch ein Signal für den öffentlichen Dienst?

Heesen: Das könnte durchaus sein. Wir wünschen uns, dass wir auch in diese Richtung gehen. Und ich bin optimistisch, dass wir ein gutes Ergebnis bekommen werden.

Der Verhandlungsführer der Länder ist Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring, den man – salopp formuliert – auch als harten Hund bezeichnen könnte. Sehen Sie nicht doch die Gefahr, dass es am Ende zu einem Arbeitskampf kommen könnte?

Heesen: Möglich ist das immer. Aber harte Hunde werden auch die genannt, die viel bellen und sich dann am Ende trotzdem streicheln lassen. Ich bin da nicht besorgt. Auch weil wir beschlossen haben, in den Tarifverhandlungen mit den Ländern ohne Schlichtung auszukommen.

Der öffentliche Dienst fordert insgesamt fünf Prozent mehr Einkommen – drei Prozent plus 50 Euro Sockelbetrag. Wie passt das mit der erforderlichen Sanierung der Staatsfinanzen zusammen?

Heesen: Wenn man auf die Sanierung der Staatsfinanzen warten wollte, was Einkommensfragen im öffentlichen Dienst betrifft, dann bräuchten wir die nächsten 30 bis 40 Jahre nicht mehr zu verhandeln. Entscheidend ist: Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die dem Staat dienen, nicht zu kurz kommen – unbeschadet des Altschulden-Problems, das auch gelöst werden muss.

Werden die anstehenden Landtagswahlen das Gesprächsklima begünstigen?

Heesen: Ja, das zeigt das Beispiel Baden-Württemberg. Die Regierung in Stuttgart hat verstanden, dass man den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Frage der Einkommensentwicklung entgegenkommen muss. Zumal man auch in Baden-Württemberg weiß, dass wir dringend Nachwuchs gewinnen müssen, und das geht nur mit guten Tarifen.

In allen Wirtschaftsbereichen macht sich langsam eine Lücke beim Nachwuchs bemerkbar. Wie attraktiv ist der öffentliche Dienst für junge Leute?

Heesen: Wir müssen etwas tun. Denn wir werden in den kommenden zehn Jahren fast 20 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus Altersgründen verlieren. Wenn man das auf die derzeitige Zahl von 3,6 Millionen Bediensteten hochrechnet, sind das über 700#000 junge Menschen, die wir als Nachwuchs gewinnen müssen. Und das in einer Zeit, in der das Angebot auf dem Arbeitsmarkt wegen der Geburtenentwicklung drastisch zurückgehen wird. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen. Das heißt: Wir müssen die Bezahlung attraktiv gestalten. Wir müssen wieder mehr intern ausbilden. Wir müssen die Krisensicherheit des Arbeitsplatzes wieder stärker in den Vordergrund stellen. Wir müssen um Nachwuchs werben – er kommt nicht mehr von selbst.

Wo drückt der Schuh am meisten?

Heesen: Neben der IT-Branche haben wir ein Riesenproblem bei Technikern und Ingenieuren – zum Beispiel im Bereich Umweltschutz oder bei der Bundeswehr. Wir haben einen eklatanten Mangel an diesen Fachkräften in den Kommunen. Auch in den berufsbildenden Schulen fehlen immer mehr Lehrkräfte – oder in den allgemeinbildenden Schulen bei Mathematik und Naturwissenschaften. Dieses Problem wird sich nicht von selbst regeln.

Der Ruf nach mehr Personal im öffentlichen Dienst ist ja nicht gerade populär. Zugleich rufen die Bürger bei jeder Krise nach mehr staatlicher Kontrolle...

Heesen: Das ist der Zwiespalt, in dem jeder Bürger – auch ich – steckt. Auf der einen Seite wird die Frage gestellt, was kostet dieser Staat. Auf der anderen Seite kommt der Ruf nach dem Staat, wenn irgendetwas nicht funktioniert. Ein guter Freund hat mir mal gesagt: Wir verlangen ein Vier-Sterne-Hotel, aber wir wollen nur den Preis für eine Pension bezahlen. Das geht auf Dauer nicht. Ich sage: Alle, die jetzt von Steuererleichterung reden, missachten, was der Staat notwendigerweise leisten muss. Im Übrigen, das Geld des Steuerzahlers geht in hohem Maße in den Schuldendienst und nicht in die staatliche Leistung. Wir müssen uns also in der Haushaltspolitik neu besinnen. Denn der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass zum Beispiel die Lebensmittel in Ordnung sind. Das gerät in Gefahr, wenn uns zunehmend das nötige Kontrollpersonal fehlt.

Stopp! Was ist mit der Schuldenbremse...

Heesen: Die Schuldenbremse ist gut gemeint. Aber das Kernproblem sind die Altschulden. Entscheidend ist nicht die Schuldenbremse, also die Vermeidung von Verschuldung in der Zukunft, wenn in einem Bundeshaushalt mit 48 Milliarden Euro Neuverschuldung über 40 Milliarden Euro nur für die Zinsen der Altschulden ausgegeben werden, ohne dass nur ein müder Euro getilgt wäre. Das Kernproblem liegt im Abbau der Altschulden – jetzt. Wir brauchen dazu eine große nationale Aktion mit einer Vielzahl von Maßnahmen: zum Beispiel die Hebung stiller Reserven wie Gold, die Umwidmung des Solidaritätszuschlags und der Erbschaftssteuer, eine Vermögensabgabe oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Weil uns dies Thema sehr wichtig ist, haben wir dazu ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben.

Wie hat sich der Wettbewerb der Länder auf die Personalsituation ausgewirkt? Wer sind die Verlierer?

Heesen: Nach der Föderalismusreform haben wir tatsächlich ein Einkommensgefälle von bis zu zehn Prozent zwischen den Ländern festgestellt – Tendenz steigend. Beispiel: Urlaubsgeld oder 13. Monatsgehalt. Es gibt erste Erkenntnisse aus den östlichen Ländern, dass viele Bedienstete, die dort ausgebildet wurden, abwandern – zum Beispiel von Sachsen-Anhalt nach Hessen. Der Osten ist der große Verlierer im Wettbewerb der Länder, aber auch Länder wie Bremen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein geraten ins Hintertreffen.